



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 95. Ratssitzung vom 22. Mai 2024

3196. 2023/369

Motion von Anna Graff (SP) und Moritz Bögli (AL) vom 12.07.2023: Pilotprojekt zur zahnmedizinischen Versorgung von Menschen mit geringem Einkommen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2069/2023): Am 15. April lehnte der Nationalrat eine parlamentarische Initiative der Grünen Katharina Prelicz-Huber ab, die verlangte, dass die obligatorische Krankenversicherung auch für präventive, zahnmedizinische Behandlungen und zahnärztliche Behandlungen nach Erkrankungen des Kausystems gelten sollten. Damit bleibt es bis auf weiteres so, dass zahnärztliche Behandlungen erst dann von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden, wenn es schwere, unvermeidbare und akute gesundheitliche Probleme gibt, die zahnmedizinisch gelöst werden müssen. Die Folge dieser unsozialen Gesundheitspolitik der bürgerlichen Mehrheit im Bundesparlament ist, dass Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen nicht oder erst bei schwerwiegenden Schäden zahnärztliche Behandlungen in Anspruch nehmen und auf präventive Leistungen wie eine regelmässige Dentalhygiene verzichten müssen. Dies, obwohl alle wissen, dass ungesunde Zähne auch den allgemeinen Gesundheitszustand verschlechtern und dass eine gute Mundhygiene noch lange keine Garantie dafür ist, dass man keine zahnmedizinischen Probleme bekommt. Trotz der hohen gesundheitlichen Bedeutung einer angemessenen zahnmedizinischen Versorgung haben gemäss einer Untersuchung des «International Health Policy Survey 2020» (IHP) 26,4 Prozent der Schweizer Bevölkerung aus Kostengründen auf eine zahnärztliche Behandlung oder Untersuchung verzichtet. Selbst ein Viertel der Sozialhilfebeziehenden ist betroffen und dies, obwohl sie sich die Kosten von Zahnarztbesuchen rückerstatten lassen könnten. Die Situation betrifft selbst Kinder, und zwar von Familien mit geringem Einkommen – bisweilen ist die Situation dramatisch. In den vergangenen Monaten wurden dazu verschiedene Beispiele aufgeführt. Eines davon stammt aus der Serie des Tages-Anzeigers, «die vielen Gesichter der Armut» vom 22. März. Dort konnte man von einer 55-jährigen Reinigungskraft lesen, die von 2 300 Franken im Monat leben muss: «Vor ein paar Monaten habe ich mir vier Zähne selbst gezogen. Ich hatte eine Entzündung am Zahnfleisch und ein Zahn nach dem anderen wurde locker. Sie wackelten, wenn ich mit der Zunge dagegen stiess und irgendwann griff ich zu und zog sie einfach raus. Ich hätte natürlich zum Zahnarzt gehen



sollen, aber was hätte das gekostet? Ich habe dieses Geld nicht. Irgendwann bin ich mit zusammengepressten Lippen zur Caritas, die mir die Zahnbehandlung vorläufig bezahlt hat.» Die SP ist der Meinung, dass solch desaströse und menschenunwürdige Situationen in unserer Stadt nicht vorkommen sollten. Der Zugang zur Zahnmedizin sollte für alle rechtzeitig und auch präventiv möglich sein – egal, über wie viel Geld die Betroffenen verfügen. Darum verlangen wir mit dieser Motion zusammen mit der AL ein Pilotprojekt zur zahnmedizinischen Versorgung inklusive dentalhygienischen Präventivbehandlungen für Menschen mit geringem Einkommen. Damit schaffen wir insbesondere ein Angebot für Menschen, die finanziell knapp über der Schwelle zur Sozialhilfe und der Ergänzungsleistungen stehen und darum bislang gar keinen Zugang zu solchen Leistungen haben. Diese Lücke muss geschlossen werden. Es braucht eine gesicherte Finanzierung für Menschen, die sich zahnmedizinische Behandlungen nicht leisten können und es braucht Mechanismen, die diese Leistungen unter jenen Menschen bekannt machen, die sie beziehen könnten und ansonsten befürchten würden, sie könnten Nachteile erfahren. Ich hoffe auf eine breite Zustimmung durch den Gemeinderat.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Reto Brüesch (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. August 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Ruth Dreyfuss, SP, die unser Krankenkassensystem einführte, sagte, die Prämien würden sinken. Die SP versprach, dass die Prämien sinken werden. Seit wir über dieses System verfügen, stieg die Prämienlast um über 100 Prozent. In den vergangenen Jahren sprach jeweils um den November herum, wenn die neuen Prämien bekannt werden, die ganze Schweiz über den Prämienchock und dass der Mittelstand nicht mehr mit den Krankenkassenprämien umgehen könne – obwohl viele Leute gar keine Leistungen beziehen. Eine Familie bezahlt heute gut 1000; 1400 Franken oder mehr, obwohl die meisten gar keine Leistungen beziehen. Der Mittelstand ächzt unter der Prämienlast. Betrachtet man diese Motion, ist auch klar, warum das so ist: Die Linken bauen permanent Leistungen aus. Und jetzt wollen sie auch noch, dass vor allem Ausländer, die sich ein Leben in der Schweiz eigentlich gar nicht leisten könnten, weitere Leistungen gratis erhalten sollten. Der Mittelstand soll noch mehr bezahlen. Es muss genau in die andere Richtung gehen: Wir müssen den Leistungskatalog abbauen, den Mittelstand entlasten und das faule, von der SP eingeführte System... Ganz viele Ärzte sind SP-Wähler, weil sie ganz genau wissen, warum sie SP wählen: Weil sie ihnen Jobs zuschanzen! Im vergangenen Jahr kamen 40 000 Asylanten in die Schweiz – das bedeutet Unsummen für den Steuerzahler. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Prämien steigen und steigen und steigen. Sie haben das Gefühl, solche Leistungen seien gratis, aber das sind sie nicht. Wenn irgendein wahrscheinlich illegal anwesender Ausländer durch seine Arbeit im Monat nur 2300 Franken erwirtschaften kann, wenn seine Arbeit nicht mehr wert ist, dann muss diese Person ausreisen und nicht gratis Leistungen beziehen, die der Mittelstand bezahlen soll, der hart arbeitet und Familien fast nicht mehr durchbringt. Die illegalen Ausländer müssen wir ausschaffen und das faule System der Linken endlich reformieren.



Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Das von der Gegenseite Geäusserte enthält Problematisches. Es fielen rassistische Äusserungen. In der Schweiz arbeiten Menschen unterschiedlichster Herkunft viel und hart. Die Löhne dieser Menschen stehen oft nicht in einem Verhältnis zum Wert ihrer Arbeit, denn oft sind es die wichtigsten Arbeiten in unserer Gesellschaft, die schlecht entlohnt werden. Sprechen wir über das Gesundheitssystem: Die kantonale Gesundheitsdirektorin gehört der gleichen Partei an wie mein Vorredner. Es ist realitätsfremd, zu sagen, der Ausbau von Leistungen sei das Problem. Wir wissen ganz genau, warum unser Gesundheitssystem in finanziellen Problemen steckt. Wir haben als praktisch einziges unter vergleichbaren Ländern eine Kopfprämie, bei der alle gleich viel bezahlen, statt eines progressiven Systems. Zudem wurden die Krankenkassen nicht angesprochen, wo exorbitante Löhne im Management bezahlt, übertriebene Bauten errichtet und unnötige Verwaltungsapparate unterhalten werden. Ich möchte aber nicht ausufernd über das Gesundheitssystem im Ganzen sprechen. Uns liegt eine Vorlage vor, in der es darum geht, Leuten jene Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, die sie benötigen und die ihnen auch zusteht – unabhängig von ihren finanziellen Mitteln. Wie so oft in diesem Rat, stellen wir fest, dass die Lösung besser in Bundesbern umgesetzt würde. Das wäre auch mir lieber, aber wenn wir ehrlich sind, sind die Argumente von rechts absurd und wir wissen, wer für die Umsetzung zuständig wäre. Es liegt also an uns, diesen Fehler zumindest in der Stadt Zürich auszubügeln: Die zahnärztliche Versorgung ist eine gesundheitliche Versorgung wie jede andere. Deshalb sollte jetzt mit einem Pilotversuch die Folgen einer solchen Unterstützung untersucht werden. Ich bin gespannt, was die liberalen Parteien dazu sagen werden. Ich habe die Erwartung, dass auch sie darin einen Vorteil sehen, denn langfristig spart man so sehr viele Gesundheitskosten.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Gesundheit sollen sich alle leisten können und es soll kein Privileg sein. Bei zahnmedizinischen Behandlungen ist dies aktuell leider nicht der Fall. Sie sind teuer und müssen mehrheitlich selbst finanziert werden. Nicht alle Menschen können sich dies leisten. Gerade für Menschen mit tiefem Einkommen und ohne Sozialhilfe kann der Besuch einer Zahnärztin ein riesiges Loch in die Kasse reissen. Der SVP gegenüber sage ich, dass es respektlos ist, arbeitende Menschen zu degradieren, indem man sagt, ihre Arbeit sei nicht so viel wert und sie darum weniger verdienen. Das ist absurd und menschenunwürdig. Wir Grünen unterstützen die Motion und empfinden es als sinnvoll, dies als Pilot anzulegen. So kann der Bedarf und das dafür notwendige Angebot geprüft werden. Besonders sinnvoll ist, dass auch Präventivangebote wie dentalhygienische Leistungen mitgedacht und inkludiert werden. Diese können sich Menschen mit wenig Einkommen häufig nicht leisten oder sie verzichten extra darauf, um Geld zu sparen. Das kann negative Gesundheitsfolgen und hohe Kosten verursachen. Die Stadt Zürich soll Menschen unterstützen, die sich zahnmedizinische Leistungen finanziell nicht leisten können.



Karin Stepinski (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt diese Motion. Uns ist es wichtig, dass die Zielgruppen klar definiert werden und der Pilot von Zahnärzten und Fachpersonen eng begleitet wird. Gewisse Studien besagen, dass die heute gängigen Präventivmassnahmen nicht bei jedem Patienten gleich sinnvoll sind. Dentalhygiene nützt vor allem Menschen, die Karies und Parodontose haben. Nur ein Zahnarzt kann feststellen, ob dies der Fall ist. Bei Menschen, die dies nicht haben, sind die Zähne etwas weisser, aber es wurde nichts für die Gesundheit gewonnen. Es gilt gründlich zu prüfen, welche Massnahmen sinnvoll sind. Dem Motionstext ist zu entnehmen, dass Menschen, die freiwillig auf Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen verzichten, von diesem Angebot profitieren können sollen. Unserer Meinung nach spielt die Eigenverantwortung zu wenig rein. Wer freiwillig auf eine staatliche Leistung verzichtet, soll nicht an anderer Stelle – wo es gerade passt – eine Leistung konsumieren dürfen. Eine Erfolgskontrolle, wie die Motion fordert, ist ebenfalls wichtig. Wenn Samuel Balsiger (SVP) die steigenden Gesundheitskosten stören, sollte er die Kostenbremsen-Initiative unterstützen.

Samuel Balsiger (SVP): Pro Jahr geben wir 77 Milliarden Franken für Gesundheitskosten aus. Das sind 11 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Als im Jahr 1994 das Krankenversicherungsgesetz eingeführt wurde, log die SP-Bundesrätin Ruth Dreyfuss das Volk mit den Worten an, dass sich die Kosten innerhalb vernünftiger Grenzen bewegen würden. Es werde keine Kostenexplosion geben, sondern im Gegenteil: «Die Kosten werden langfristig gedämpft.» Wir wissen, dass sich die Kosten in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt haben. Die Logik, die Sie verbreiten, ist haarsträubend. Es ist irrsinnig, zu behaupten, es werde günstiger, wenn man Gratis-Angebote ausrolle. Wo Leistungen angeboten werden, entstehen Kosten. Wenn diese Kosten nicht von den Verursachenden bezahlt werden, bezahlt sie jemand anders – das ist immer der Mittelstand. Sie sprechen ständig davon, dass man den Mittelstand entlasten und schützen müsse, dass die Prämien nicht weiter steigen dürften usw. Aber sie bieten vornehmlich Ausländern, die in diesem Land nichts zu suchen haben, Gratisleistungen an. Illegal Anwesende müssen ausgeschafft und nicht vom Sozialstaat betreut werden. In diesem Land gibt es viele haarsträubende Missstände und wir geben für unsinnige Dinge Milliarden aus. Der normale Bürger hat durch Ihre Politik jedes Mal weniger Geld in der Tasche – und es ist immer Ihre Politik. Sie versprachen bei der Energiewende, dass es 40 Franken kosten werde und jetzt kostet es pro Haushalt Tausende Franken; die Krankenkassenprämien sind nicht gesunken, sondern haben sich verdoppelt. Sie zerstören den Mittelstand.

Michele Romagnolo (SVP): Ich weiss mehr als ihr, denn mein Sohn ist Zahnarzt. Dieser erzählt so einiges: Niemand muss leiden, denn für alle ist gesorgt. Ich habe keine Ahnung, wovon ihr sprecht. Es braucht keine Ausweitung. Ausserdem können sich diese Leute im zahnmedizinischen Institut von Lehrlingen behandeln lassen. Es gibt auch Zahnärzte, die diese Leute zu reduzierten Preisen behandeln.

Patrik Brunner (FDP): Den Vergleich von Armut mit Ausländern finde ich nicht nur fragwürdig, sondern armselig. Wer Ausländer mit Armut vergleicht, hat die Schweizer Gesellschaft nicht verstanden. Die FDP unterstützt dieses Postulat. Armut existiert überall



und auch einige Schweizer Bürger, die hart arbeiten, sind von Armut betroffen. Wenn Sie mit armutsbetroffenen Menschen sprechen, hört man immer wieder, dass als erstes bei den Zahnärzten gespart wird, weil diese einfach zu teuer sind. Man wartet, bis es nicht mehr anders geht – dann ist das Chaos perfekt und die Kosten doppelt so hoch. Ich könnte einige Anekdoten erzählen. Die FDP unterstützt dieses Postulat gerne. Wir sind auch gespannt auf die Auswertung des Pilotprojekts, wie es die Die Mitte/EVP-Fraktion darlegte. Eigenverantwortung ist relevant, aber es gibt auch so etwas wie einen Gemeinsinn und ein soziales Netz. Dieses muss bei den Ärmsten der Armen greifen.

Bernhard im Oberdorf (SVP): *Zahnärzte in der Schweiz sind teuer. Darum gibt es immer wieder Angebote von Zahnärzten in Ungarn, die Zahnreparaturen zu einem Bruchteil der Kosten anbieten. Wie die Qualität aussieht, ist eine andere Frage: Ich würde dort nicht hingehen. Es gibt auch Angebote aus Süddeutschland, die in die gleiche Richtung gehen. Nicht anwendbar ist die Geschichte der Frau, die sich die Zähne selbst zog, weil sie sich den Zahnarzt nicht leisten konnte. Denn eine Zahnextraktion ist von der Grundversicherung der Krankenkasse abgedeckt. Hätte sie sich Implantate machen lassen – was bei einem Fehlen von vier Zähnen angemessen scheint – würde es teuer werden. Aber auch dort gibt es Zusatzversicherungen, die man eigenverantwortlich abschliessen kann und dann sind solche Behandlungen zumindest teilweise gedeckt. Es stimmt, dass es Probleme gibt, aber es ist keine Aufgabe der Stadt, solche Kosten zu übernehmen. Es müsste eidgenössisch geregelt werden, wofür Sie Initiativen ergreifen müssten.*

Ronny Siev (GLP): *Die GLP ist gegen diese Motion, weil sie ein nationales und nicht kommunales Thema betrifft. Daran ändert nichts, dass für das Anliegen keine Mehrheit gefunden werden konnte. Nicht jede Gemeinde soll eine eigene Lösung fahren. Wir verstehen, dass eine Notwendigkeit besteht, dass Zahnärzte extrem teuer sind, aber es bestehen bereits verschiedene Gefässe in der Sozialhilfe und anderswo, die das abdecken.*

Anna Graff (SP): *Ich freue mich über die Unterstützung der Fraktionen Die Mitte/EVP und FDP. Ohne auf die zahlreichen Respektlosigkeiten der SVP-Sprecher einzugehen, möchte ich anmerken, dass Bernhard im Oberdorf (SVP) den Vorstoss immerhin gelesen hat. Die beiden anderen Sprecher der SVP sprachen von völlig anderen Dingen, denn es ging in diesem Vorstoss nicht darum, die zahnärztliche Leistung in eine Versicherung aufzunehmen. Es geht nicht um ein kommunales Thema, sondern um ein nationales, das erst vor vier Wochen im Nationalrat behandelt und von SVP und FDP leider abgelehnt wurde. Darum können wir hier eine Lücke füllen, die durch die unsoziale bürgerliche Gesundheitspolitik auf übergeordneter Ebene geschaffen wurde.*

Die Motion wird mit 89 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat